



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Focus Brasilien

Nr. 6 / 2005 – 20. Juni 2005

Studienzentrum Rio de Janeiro
Leiter: Dr. Wilhelm Hofmeister

Politische Krise lähmt die brasilianische Politik

Regierung Lula zahlt hohe Dividende für den „Monatsbatzen“ für Abgeordnete

von Wilhelm Hofmeister

Die Korruptions- und Bestechungsaffäre im Parlament lähmt die brasilianische Politik. Durch die Entlassung seines „Chefministers“ Dirceu versucht Präsident Lula da Silva politische Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen. Doch die halbherzigen Aufklärungsversuche der Regierung und der Arbeiterpartei bringen vorerst keine Entlastung. Eine politische Reform wird zunächst keinen Ausweg aus dem Dilemma weisen. Bis zu den Wahlen im Oktober 2006 ist mit politischem Stillstand zu rechnen.

Der Zeitpunkt hätte ungünstiger nicht sein können und der Anlass nicht symbolträchtiger: am Abend des 7. schritt Brasiliens Präsident Inacio Lula da Silva schweren Schrittes zum Rednerpult, um die Eröffnungsrede des IV. Weltforums der Vereinten Nationen gegen die Korruption zu halten. Der Präsident war sichtlich gezeichnet von der Lawine aus Anschuldigungen und Verdächtigungen, die auf die Regierung und seine Arbeiterpartei (PT) einstürzte. Einen Tag zuvor, am Montag, den 06. Juni hatte die Zeitung *Folha de Sao Paulo* ein Interview mit dem Abgeordneten und Vorsitzenden der Koalitionspartei PTB Roberto Jefferson veröffentlicht, in dem dieser behauptete, die PT habe unter Mitwisserschaft höchster Regierungskreise seit 2003 monatlich 30.000,- Reais (ca. 10.000 Euro) an Abgeordnete der Koalitionsparteien PL und PP organisiert. Nach Aussagen von Jefferson seien die Zahlungen von dem Schatzmeister der PT, Delúbio Soares, geleistet worden, um Abgeordnete für Parteiwechsel zu belohnen bzw. ihr Abstimmungsverhalten zugunsten der Regierung zu gewährleisten. Die „Führsorge“ für die Abgeordneten sei sogar so weit gegangen, dass im Dezember 2003 und 2004 jeweils eine Weihnachtsgratifikation in Höhe von 1 Million Reais (ca. 330.000 Euro) gezahlt worden sei.

Nachdem die PT zunächst alle Zahlungen abstritt, wurden die Aussagen noch am 06. Juni von verschiedenen Äußerungen, darunter selbst seitens Kabinettsmitglieder, zumindest indirekt bestätigt. Seither wurden weitere Einzelheiten bekannt und so zweifelt letztlich kaum jemand in Brasilien daran, dass wie der Abgeordnete Jefferson behauptet, ungefähr 80 seiner Kollegen regelmäßig den „mensalao“, einen zusätzlichen „Monatsbatzen“ erhielten.

Präsident Lula reagierte erst relativ spät auf die hereinstürzende Krise: am Morgen des 07. Juni entließ er alle Direktoren dreier Staatsunternehmen (der Post, des Rückversicherers IRB und der Energiegesellschaft Eletronorte), die von den Parteien PT, PTB und PMDB „nominiert“ worden waren. Seit mehreren Wochen schon stand das Führungspersonal dieser Unternehmen im Zentrum eines Korruptionsskandals um den PTB-Vorsitzenden Jefferson. Dieser hatte von den von ihm „nominierten“ leitenden Angestellten der Unternehmen erhebliche Zahlungen für sich und seine Partei eingefordert und erhalten. Vermutlich haben auch die übrigen Direktoren Abgaben an ihre Parteien geleistet. Präsident Lula aber hatte Jefferson wochenlang vor den Anschuldigungen in Schutz genommen und trotz der ganz offensichtlichen Veruntreuungen zunächst keine Umbesetzungen in der Leitung der Unternehmen vorgenommen. Vielmehr versuchten er, seine Regierungsmitglieder und die Koalitionsparteien – allerdings vergeblich – die Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu verhindern, die das System aus Korruption und Veruntreuung aufklären sollte. Hochmütig und herausfordernd hatte der Präsident noch eine Woche vor dem Ausbruch der jetzigen Krise gegenüber einer kritischen Journalistenfrage geantwortet: „Schau in mein Gesicht, um zu sehen, ob ich besorgt bin“

Dieser Hochmut war nun verflogen, als Lula am Abend des 7. Juni die Konferenz gegen Korruption eröffnete. Nachdem er zunächst die Anstrengungen seiner Regierung zur Bekämpfung der Korruption aufzählte und feststellte: „was in Brasilien zugenommen hat, ist nicht die Korruption, sondern der ständige Kampf der Regierung gegen die Korruption“, ging er in allgemeiner Form auf die aktuellen Ereignisse ein und kündigte an: „meine Regierung wird die Untersuchungen bis zu den letzten Konsequenzen führen (...) Ich sage, dass wir das eigene Fleisch schneiden, wenn es notwendig sein sollte.“ Er kündigte an, Justizminister Bastos werde in seinem Auftrag binnen 45 Tagen das Projekt einer politischen Reform erarbeiten, mit dem die aktuellen Korruptionsfälle an ihrer Wurzel bekämpft werden sollten.

Doch schon am nächsten Morgen erhielten die Zweifel an der Bereitschaft des Präsidenten zur rückhaltlosen Aufklärung der Vorfälle neue Nahrung. In einer kurzen Pressekonferenz des PT-Vorsitzenden Genoio und seines Schatzmeisters Soares wurden kritische Nachfragen der Journalisten nicht zugelassen und die PT-Vertreter konzentrierten sich in knappen Ausführungen auf Angriffe auf Jefferson. Bei den Journalisten hinterließ dieser Auftritt der PT-Führung den Eindruck, es gäbe mehr zu verbergen, als man aufdecken wollte. Soares bot zwar an, sein persönliches Bankgeheimnis zu lüften, doch die Öffentlichkeit interessierte natürlich viel mehr die Bankkonten der PT und die Herkunft des Geldes.

Um ihre Aufklärungsbereitschaft zu demonstrieren, willigte die Regierung schließlich in die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein, den sie zuvor wochenlang zu verhindern versucht hatte. Allerdings setzte sie jetzt durch, dass entgegen bisheriger parlamentarischer Gepflogenheiten sowohl der Vorsitzende als auch der Berichterstatter des Ausschusses einer Partei der Regierungskoalition angehören. Nach der späten Reaktion auf die Einrichtung des Ausschusses, soll er nun instrumentalisiert werden.

Weitere Informationen des Abgeordneten Jefferson

Der PTB-Vorsitzende Roberto Jefferson, der mit seinem Interview mit der *Folha de Sao Paulo* die aktuelle Krise ausgelöst hatte, sagte am Dienstag, den 13. Juni vor der Ethikkommission der Abgeordnetenkammer aus. Tagelang war spekuliert worden, ob er Beweise für seine Behauptungen präsentieren würde. Doch während seiner sechsstündigen Befragung in öffentlicher Sitzung legte er weder schriftliche Dokumente vor, noch heimlich aufgezeichnete Ton- oder Videobänder (wie manche gehofft und andere befürchtet hatten). Allerdings erweiterte er seine Aussagen und Anschuldigungen, beschrieb die Anwerbung von Abgeordneten für die Regierungsparteien, die sofort nach der Wahl im Oktober 2002 begonnen habe, beschrieb das Verfahren bei der Verteilung des „Monatsbatzens“, nannte mehrere Abgeordnete namentlich als Geldempfänger und forderte sie in jovialer Form auf zuzugeben, dass sie Geld erhalten hatten, und er gab auch Hinweise über die Herkunft der verteilten Gelder, die größtenteils bei Staatsbetrieben abgezweckt worden seien, teil über gefälschte Rechnungen teils über erhöhte Honorarverträgen mit Werbeberatern, wobei zumindest einer dieser Berater auch bei der Verteilung des Geldes aktiv beteiligt gewesen sein soll. Vor allem aber beschuldigte Jefferson den bislang mächtigen Innenminister (*Casa Civil*), José Dirceu, als eigentlichen Drahtzieher des ganzen Systems des Kaufs von Abgeordneten und der Geldverteilung. Zusammen mit dem PT-Vorsitzenden Genoino, dem PT-Generalsekretär Pereira und dem PT-Schatzmeister Soares habe Dirceu die Verteilung des „Monatsbatzens“ an die Partei- bzw. Fraktionsvorsitzenden der PL und PP überwacht; sogar im Präsidentialpalast, in dem Dirceu residierte, seien Gelder ausgezahlt worden.

Jefferson bekannt weiterhin, dass ihm die PT für seine Partei PTB 20 Millionen Reais (ca. 7 Millionen Euro) als Wahlkampfspende zugesagt habe, wovon aber nur 4 Millionen (ca. 1,3 Millionen Euro) tatsächlich ausgezahlt worden seien.

Nach seinem Auftritt in der Parlamentskommission besteht kein Zweifel mehr, dass Jefferson sein Mandat verlieren wird. Den Vorsitz der PTB hat er mittlerweile abgegeben. Er weiß wohl, dass seine politische Karriere zu Ende ist. Das beflügelt seine Freimütigkeit. Doch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit konzentrierte sich nun auf Minister Dirceu, den „Richelieu“ der Regierung Lula.

Entlassung von Minister José Dirceu

Nach den Aussagen von Jefferson wurde erwartet, dass „Premierminister“ José Dirceu (*Casa Civil*) sein Amt verlieren würde. Bereits zu Beginn letzten Jahres hatte er im Zentrum einer Krise gestanden, die wochenlang die Regierung lähmte. Ein enger Mitarbeiter von ihm, Waldomiro Diniz, hatte - wie damals bekannt geworden war -, für die PT Wahlkampfspenden bei dubiosen Besitzern von Glücksspiellokalen eingeworben. Eine parlamentarische Untersuchungskommission konnte die Regierung damals verhindern und auf dem Höhepunkt der Krise ordnete Präsident Lula die Schließung aller Bingo-Spielhallen im Land an (die nach einigen Gerichtsverfahren mittlerweile alle wieder geöffnet sind). Damals hatte die Opposition bereits vergeblich versucht, Dirceu als Hauptverantwortlichen politisch zu isolieren. Für Präsident Lula war dieser Minister jedoch zu wertvoll, um ihn zu opfern.

In der Tat war Dirceu bisher eine zentrale Stütze des politischen Erfolgs von Präsident Lula: als PT-Vorsitzender bis zur Wahl 2002 hat er der Partei seit 1999/2000 ein neues ideologisches Korsett verpasst und maßgeblich auf die Modernisierung und Mäßigung des bis dahin stark sozialistisch geprägten Parteiprogramms hingewirkt; nach der Wahl übernahm er als Innenminister die Koordination der Regierungspolitik, erwirkte den Parteiausschluss einiger Abgeordneter und Senatoren der extremen Linken, die den Kurs in der Wirtschaftspolitik nicht akzeptieren wollten; vor allem aber hat Dirceu einerseits die Vergabe von mehr als 20.000 Stellen innerhalb der Regierung und der öffentlichen Unternehmen an Mitglieder der PT und anderer Koalitionsparteien geleitet und andererseits hat er die ständigen Verhandlungen mit den Koalitionsparteien im Parlament geführt, um deren Unterstützung für die Regierungsprojekte zu sichern. Ein zentraler Verbindungsmann zwischen Präsidialamt und Parlament war jener Waldomiro – und angesichts der jetzigen Aufdeckungen scheint offensichtlich, dass Waldomiro viele Abgeordnete nicht nur mit Worten überzeugte, sondern auch Argumente anderer Art vorbrachte.

Wie sehr die Handlungsfähigkeit der Regierung von der Koordination durch Dirceu abhing, hatte sich in jenen Krisenwochen des Frühjahrs 2004 gezeigt. Dirceu verlor damals zwar einige Kompetenzen und dem Kommunisten Aldo Rebelo wurde mit einem neu geschaffenen Ministerium die politische Koordination mit dem Parlament übertragen. Doch Rebelos Einfluss im Verhältnis zum Parlament blieb gering, wie nicht zuletzt der für die Regierung katastrophale Ausgang der Wahl zum Präsidenten der Abgeordnetenversammlung im März 2005 zeigte. Zwischen Dirceu und Rebelo gab es anhaltende Reibereien und Konkurrenz. Das hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Regierungsapparat seit Frühjahr 2004 in wichtigen Teilen gelähmt scheint und viele Projekte nicht vorankommen. Dirceu hat daneben immer wieder mit spitzen Bemerkungen gegen die stabilitätsorientierte Fiskalpolitik von Finanzminister Palocci auf sich aufmerksam gemacht.

José Dirceu wird nun sein Abgeordnetenmandat ausüben, das – wie in Brasilien üblich – seit der Übernahme des Kabinettspostens ruhte. Bei seinem Abschied aus dem Präsidialamt hat er angekündigt, vom Parlament aus „das Land zu regieren“. Als Abgeordneter hat er nun größeren Handlungsfreiraum und es ist nicht auszuschließen, dass er wieder zentraler Koordinator im Wahlkampf nächsten Jahres wird.

Kabinettsreform und die mögliche Entlassung weiterer belasteter Kabinettsmitglieder

Nach dem Abgang Dirceus wird eine größere Kabinettsreform erwartet. Von großer Bedeutung wird sein, wer die Nachfolge von Dirceu antritt. Im Frühjahr hatte Präsident Lula bereits mehrere Wochen über einer Kabinettsreform gebrütet, die dann allerdings sehr bescheiden ausfiel. Zu kompliziert waren die Verhandlungen mit den Koalitionspartnern, die nach den Kommunalwahlen des Vorjahres mehr Posten am Regierungstisch erwarteten. Am Ende hatte der Präsident nur zwei Minister ausgewechselt, wobei gegen einen der beiden – dem für das Rentenversicherungsministerium zuständigen Minister Romero Jucá (PMDB) – ein altes Verfahren wegen Veruntreuung von öffentlichen Mitteln anhing. Obwohl das oberste Gericht STF mittlerweile eine formale Untersuchung gegen den Minister eröffnet hat und die Opposition seit Monaten seinen Rücktritt fordert, hielt der Präsident bisher an ihm fest.

Auch gegen Zentralbankpräsident Henrique Meirelles eröffnete das STF ein Verfahren wegen angeblicher Steuerhinterziehung. Im letzten Jahr hatte der Präsident dem Zentralbankpräsidenten Kabinettsrang eingeräumt, um ihn vor Gerichtsverfahren in Schutz zu nehmen. Seit dem Beginn der Untersuchungen des STF fordert die Opposition die Entlassung von Meirelles, doch Präsident Lula hat ihn bisher verteidigt. Dennoch könnte auch er im Rahmen einer Kabinettsreform sein Amt verlieren.

Der Handlungsspielraum des Präsidenten bleibt freilich gering, weil er nicht frei agieren kann, sondern die Interessen und Ansprüche seiner vielen Koalitionspartner berücksichtigen muss. Erwartet wird, dass die PMDB einige zusätzliche Ministerien erhält. Allerdings bedarf jede Kabinettsreform langwieriger Verhandlungen. Es wird deshalb erwartet, dass die Reform nicht sehr umfassend ausfällt.

Das Ansehen des Präsidenten und die Reaktion der Opposition

Auch wenn dem Präsidenten zurzeit der politische Wind ins Gesicht bläst, hat nach ersten Umfragen seine Einschätzung in der Öffentlichkeit noch keine dramatischen Einbußen erlitten. Dennoch zeigen die Umfragen einen Trend des kontinuierlichen Vertrauensverlustes in die Regierung. Zur Veranschaulichung sei hier der Trend der Umfragen von CNT/*Sensus* und CNI/*Ibope* abgebildet. Danach ist die positive Einschätzung des Präsidenten eindeutig rückläufig.

Lula als Präsident	Oktober 2002	März 2003	Juni 2005
“Gut/Exzellent”	60%	60%	49%
“Normal”	31%	28%	38%
“Schlecht”/“Furchtbar”	6%	9%	10%
Keine Antwort	3%	3%	3%
Diff. “Gut” – “Schlecht”	54%	51%	39%

Noch wirkt der “Teflon-Effekt” im Hinblick auf den Präsidenten: die Krisen konnten seinem Bild in der Öffentlichkeit bisher nichts anhaben.

Die Opposition hat von der Regierungsmalaise bisher nicht wirklich profitiert, auch wenn sie nicht müde wird, insbesondere die Arbeiterpartei für die Vorgänge verantwortlich zu machen. Die Angriffe auf den Präsidenten sind eher zurückhaltend, nachdem die PFL in ersten Reaktionen die Möglichkeit eines Impeachment nicht ausschloss. Die wichtigsten Oppositionsparteien PSDB und PFL sind erkennbar darum bemüht, nach Möglichkeit eine Staatskrise zu vermeiden. Allerdings wird die Opposition alles daransetzen, damit im Untersuchungsausschuss möglichst viele Machenschaften aufgedeckt werden, die dem Ansehen der Regierung und letztlich auch des Präsidenten schaden.

Zur Ursachenforschung der aktuellen Krise: die versäumte politische Reform

Gewiss lassen sich viele Faktoren aufzählen, die zusammengenommen als Ursachen der aktuellen politischen Krise aufgeführt werden können: die Schwäche der Institutionen und insbesondere der Parteien, die politische Kultur und die ihr inhärente Selbstbedienungsmentalität, Korruption und Straflosigkeit als zwei Seiten der gleichen Medaille etc. Das alles ist in Brasilien seit langem bekannt und deshalb hat die PT in ihrer Oppositionszeit diese Faktoren denunziert und sich stets für eine politische Reform eingesetzt, die zumindest einige Auswüchse dieser Übel beseitigen sollten.

Doch anstatt mit dem Regierungsantritt im Januar 2003 tatsächlich diese Übel der politischen Kultur und Tradition an der Wurzel zu bekämpfen, hat die PT das alte System der Ämterpatronage und Korruption nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch weiter ausgebaut. Der „*fisiologismo*“, das System der Ämterpatronage, hat unter Präsident Lula neue Dimensionen erreicht.

Sofort nach der Wahl hat die PT Abgeordnete anderer Parteien im wahrsten Sinne des Wortes eingekauft und zu Parteiwechseln bewegt. Präsident Lula hat die bisher breiteste Parteienkoalition gebildet – zum dem Preis, dass jeweils aufs Neue mit zahlreichen „Koalitionspartnern“ um Unterstützung gerungen und verhandelt werden muss. Zudem hat der *fisiologismo* ab Januar 2003 einen neuen Höhepunkt erlebt: Schätzungen zufolge sollen mindestens 20.000, manche Beobachter sprechen gar von bis zu 30.000 Stellen in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen von Mitgliedern der Regierungsparteien besetzt worden sein (die meisten davon in Absprach mit dem bisherigen Minister Dirceu). Die PT erhielt den weitaus höchsten Anteil aller Stellen, wobei jedes Parteimitglied einen „Zehnten“ seines Staatssalärs an die Parteikasse abführen muss – und manche haben offensichtlich noch viel mehr abgeführt ...

Das Projekt einer politischen Reform aber, das die PT in ihrer Oppositionszeit verfolgte und mit dem dieser *fisiologismo* überwunden werden sollte, hat die Partei nach ihrem Regierungsantritt in einer Schublade verschlossen. Jetzt sucht man dieses Projekt wieder in den politischen Archiven, um damit die Auswüchse des politischen Regimes anzugehen.

Eine politische Reform soll diejenigen Elemente des politischen Systems Brasiliens korrigieren, die seit langem zumindest von einem Teil der Akteure und Analysten als problematisch angesehen werden. Allerdings gibt es bei Politikern und auch bei einflussreichen Wissenschaftlern durchaus die Meinung, dass sich das politische System im Großen und Ganzen bewährt habe und deshalb keiner umfassenden Korrekturen bedürfe. Im Parlament wird seit Jahren das Projekt einer politischen Reform diskutiert, doch sowohl die Regierung von Präsident Cardoso als auch die von Präsident Lula haben das Projekt bisher nicht zu einer Entscheidung vorangetrieben.

Als zentrale Problempunkte gelten das Wahlsystem und das Parteiensystem. In Brasilien werden die Abgeordneten über Landeslisten der Parteien gewählt. Es gibt keine Wahlkreise. Die auf ein Bundesland entfallenden Mandate werden per Verhältniswahlsystem auf die Parteien verteilt. Kleine Parteien, die alleine keine Chancen hätten ein Mandat zu gewinnen, können Wahlkoalitionen eingehen, so dass ihre Stimmen zusammen gezählt werden.

Dadurch kommen auch Kleinstparteien bei der Verteilung der Mandate zum Zuge. Dieses Wahlsystem aber bewirkt eine Zersplitterung der Parteien im Parlament. Bei den letzten Wahlen im Oktober 2002 kamen 19 Parteien in die Abgeordnetenkammer, darunter etliche Kleinstparteien. Die Vertreter dieser Parteien repräsentieren letztlich niemanden und fühlen sich niemandem verpflichtet. Sie sind am ehesten bereit, sich auf dem politischen Markt im wahrsten Sinne zu verkaufen.

Unter diesen Umständen ist es erfahrungsgemäß schwierig, eine stabile Regierungskoalition zu zimmern. Es erscheint deshalb angebracht, Mechanismen einzuführen, die die Parteienvielzahl begrenzen. Selbstverständlich sind aber gerade die Kleinparteien die größten Gegner jeglicher Reformen, die ihre Existenz bedroht.

Neben der Wahlrechtsreform wird von den größeren Parteien seit langem gefordert, den Parteiwechsel während einer Legislaturperiode zu erschweren oder zu bestrafen. Zudem sind die meisten Parteien angesichts der horrenden Wahlkampfkosten für eine Ausweitung der öffentlichen Parteienfinanzierung.

Über diese Elemente wird seit Jahren letztlich ergebnislos diskutiert. Die PT hat auf die politische Reform verzichtet, um ihren kleineren Partnern entgegenzukommen. In der Abgeordnetenkammer gibt es zwei Projekte, um jene problematischen Elemente des politischen bzw. Regierungssystems zu korrigieren.

Die Ankündigung von Präsident Lula während seiner Rede vor der Anti-Korruptionskonferenz der UN, Justizminister Bastos solle binnen 45 Tagen ein politisches Reformprojekt erarbeiten, klingt zwar sehr entscheidungsfreudig, wird das Verfahren aber am Ende nur erschweren. Denn auch der Präsident wird wissen, dass im Parlament bereits zwei Reformprojekte relativ weit gediehen sind und nur einer entschiedenen Haltung der wichtigsten Regierungsparteien bedürften, um verabschiedet zu werden. Ein neues Projekt jedoch wird einen langen Gang durch die parlamentarischen Gremien antreten, um kann angesichts der geltenden Fristen in dieser Legislaturperiode kaum mehr wirksam werden. Denn soll eine Reform des Wahlsystems bereits für die kommenden Wahlen gelten, muss sie bis zum 30. September dieses Jahres verabschiedet sein. Ein neues Projekt wird diese Hürde kaum nehmen. Zwar könnte aus dem Parlament selbst eine Entscheidung kommen, doch das hängt von der Unterstützung durch die Regierung ab, deren Interesse an einer Reform zur Zeit eher ungewiss ist.

Perspektive: eine Regierung ohne Kraft

Brasilien, so heißt es immer wieder, ist ein Land mit kurzem Gedächtnis. Bestechungsskandale, Korruption und Veruntreuung begleiten den politischen Prozess seit langem. Politiker und Parlament genießen nur ein geringes Ansehen. Insofern hat die augenblickliche Krise vor allem die (Vor-)Urteile in der Gesellschaft gegenüber der Politik bestätigt.

Es ist durchaus wahrscheinlich, dass der parlamentarische Untersuchungsausschuss in den nächsten Monaten einiges Licht in die illegalen Geldtransfers und die Herkunft einiger Gelder

wirft, weiteres Fehlverhalten einzelner Abgeordneter und Parteien aufdeckt und dass auch einige Abgeordnete ihr Mandat verlieren werden. Die Regierung und die PT sind aber fest entschlossen, den Prozess zu steuern und so wenig Korrekturen als möglich einzugestehen. Der Generalsekretär der PT und der Schatzmeister der Partei, die eine zentrale Rolle beim Eintreiben und Verteilen der Bestechungsgelder hatten, sind am 18. Juni in ihren Ämtern bestätigt worden; überstimmt wurden diejenigen Präsidiumsmitglieder der Partei, die für ihre Absetzung plädierten. Die PT hat zwar ihre moralische Sonderstellung verloren, die sie immer für sich reklamierte. Das muss aber nicht bedeuten, dass Präsident Lula und seine Partei auch die politische Macht aufgeben müssen.

Auch wenn es letztlich schwierig sein wird, die Hauptverantwortlichen zu identifizieren und die Machenschaften lückenlos aufzudecken, wird die Handlungsfähigkeit der Regierung noch mehrere Monate, vielleicht sogar bis zu den Wahlen im Oktober nächsten Jahres gelähmt bleiben. Bereits seit jener Krise im Frühjahr 2004 ist der ursprüngliche Elan der Regierung Lula verloren gegangen. Konzeptionelle Schwächen und Probleme bei der Koordination und Exekution von Regierungsmaßnahmen begleiteten den politischen Prozess. Das positive Wirtschaftswachstum des letzten Jahres hat manche Mängel der Regierungsführung überdeckt. Die Wachstumskräfte aber sind schon wieder am Erlahmen, bevor sie sich richtig entfalten konnten. Angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes bietet eine lahrende Regierung Lula keine guten Perspektiven.